

736.33(3)

BERICHT DER
ERMITTLUNGSMISSION DES KSZE-KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUMS
IN KOSOVO

Einleitung

Der Ausschuß Hoher Beamter der KSZE hat am 20. Mai 1992 beschlossen, den Konsultativausschuß des Konfliktverhütungszentrums um Entsendung einer Ermittlungsmission zur Erkundung der militärischen Lage in Kosovo zu ersuchen.

Am 23. Mai ersuchte der Konsultativausschuß des KVZ den Vorsitzenden des Konsultativausschusses, die Mission in die Wege zu leiten und die Aufsicht über sie zu übernehmen.

Die Mission wurde von Botschafter David Peel aus Kanada geleitet und umfaßte Mitglieder aus Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, der Schweiz, der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und dem Vereinigten Königreich sowie einen (spanischen) Vertreter des KVZ-Sekretariats.

(Teilnehmerliste: Anhang I)

Die Ermittlungsmission hatte Kontakt zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Jugoslawien-Konferenz und zum Stabschef der Schutztruppen der Vereinten Nationen (UNPROFOR) in Jugoslawien.

Die Mission besuchte Belgrad am 27. Mai 1992 und Kosovo vom 28. Mai bis 2. Juni 1992. Die Mission traf mit Vertretern der Bundesregierung und der Regierung der Republik Serbien sowie mit Vertretern von politischen Parteien und Volksgruppen zusammen. Sie traf Vertreter der Jugoslawischen Armee (JA), der Luftstreitkräfte und der Miliz (Polizei). Die Mission hatte auch umfangreiche Kontakte mit gewöhnlichen Bürgern. (Siehe Anhang II)

Während ihres Aufenthalts in Kosovo besuchte die Mission alle militärischen Garnisonen, die meisten Truppenübungsplätze und mehrere andere Anlagen, darunter auch Grenzkontrollstellen zu Albanien. Sie besuchte alle bedeutenden Siedlungszentren und mehrere andere Orte. Hubschrauberflüge ermöglichten der Mission einen Überblick über das gesamte Territorium.

Abschnitt I: Hintergrund

Kosovo liegt im südlichen Teil Jugoslawiens und hat eine Fläche von 10.887 km². Die Bevölkerung Kosovos, ungefähr zwei Millionen, ist ethnisch gemischt: sie besteht aus Albanern, Serben, Montenegrinern, Moslems, Türken und anderen. Die Albaner machen ungefähr 90 Prozent der Bevölkerung aus; sie haben eine der höchsten Geburtenraten in Europa.

Die Serben betrachten Kosovo als die Wiege der Serbisch-Orthodoxen Kirche und des serbischen Staates. Die Albaner nehmen für sich in Anspruch, direkte Nachfahren der Illyrer zu sein und das Gebiet Kosovos schon vor der Ankunft der Serben und anderer bewohnt zu haben.

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des Ottomanischen Reiches wurden neue Grenzen gezogen, und Kosovo wurde 1921 Teil des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (Jugoslawiens). 1944 schufen die jugoslawischen Bundesbehörden die autonome Region Kosovo-Metohija (Kosovo). Die jugoslawische Bundesverfassung von 1974 verlieh Kosovo den Status einer autonomen Provinz innerhalb Serbiens. Kosovo war im Kollektiven Staatspräsidium, in der Bundesregierung und im Bundesparlament vertreten.

1981 führten Demonstrationen von Angehörigen der albanischen Volksgruppe, die den Status einer jugoslawischen Teilrepublik verlangten, zu schweren Ausschreitungen in Kosovo. 1989 setzte die Republik Serbien den Status Kosovos als autonome Provinz aus; dies führte zu weiteren Ausschreitungen. 1990 riefen der albanischen Volksgruppe angehörende Abgeordnete des Parlaments Kosovos eine Republik Kosovo aus. Das Parlament der Republik Serbien antwortete mit der Auflösung des Parlaments in Kosovo und der Entlassung der örtlichen Verwaltungsbehörden, einschließlich der Polizei. Diese Funktionen werden seither von den serbischen Behörden wahrgenommen.

Im Herbst 1990 trat das aufgelöste Parlament der albanischen Volksgruppe zusammen und verabschiedete eine neue Verfassung, in der die Unabhängigkeit Kosovos erklärt wurde. Eine von der albanischen Volksgruppe 1991 veranstaltete Volksabstimmung erbrachte eine überwältigende Unterstützung für die Unabhängigkeit Kosovos. Diese Unabhängigkeit wurde nicht verwirklicht, jedoch wurde bei Wahlen am 24. Mai 1992, die von der albanischen Volksgruppe abgehalten und von den serbischen Behörden, obwohl diese sie als illegal betrachteten, nicht verhindert wurden, Dr. Ibrahim Rugova ohne Gegenkandidaten zum Präsidenten gewählt; auch ein Parlament wurde gewählt.

Die albanische Volksgruppe verweigerte ihre Teilnahme an den allgemeinen Wahlen in Serbien am 31. Mai 1992.

Abschnitt II: Kontakte und Wahrnehmungen

In allen Gesprächen mit der Mission unterstrichen die Bundesbehörden und die serbischen Behörden die Bedeutung Kosovos für die serbische Geschichte. Vertreter der Bundesregierung sagten, sie könnten es nicht hinnehmen, daß Kosovo unabhängig werde oder sich Albanien anschließe. Die Militärbehörden zeichneten ein gefährliches Bild von der Sicherheitslage in Kosovo, wobei auch die mögliche Gefahr der Einnischung von außen angesprochen wurde. Die serbischen Behörden hoben hervor, daß Kosovo Bestandteil Serbiens sei, daß die albanische Volksgruppe eine Minderheit in Serbien sei und daß es keine Grenzänderungen geben könne; Serbien würde die Integrität seines Territoriums verteidigen, die ebenso wichtig sei wie die jedes anderen Landes. Sie betonten, daß die Albaner dieselben Rechte wie alle anderen jugoslawischen Bürger haben könnten. Sie verwiesen darauf, daß den Albanern in Kosovo Angebote gemacht worden waren, über eine größere Autonomie zu verhandeln, darauf aber keine Antwort erfolgt sei. Die Serben sagten, daß es in Kosovo zu einem Konflikt kommen werde, wenn es verstärkt zu Aktivitäten einer Separatistenbewegung käme, und wiesen daraufhin, daß es kein international anerkanntes Recht auf Abspaltung gebe. Sie betonten, daß jeder weitere Schritt der Albaner zur Schaffung von Institutionen ebenfalls den Konflikt nähren würde. Einige sagten, daß die albanische Bevölkerung gut bewaffnet sei (ein Umstand, von dem sie zugaben, daß er auf dem Balkan üblich sei). Die Lage in Kosovo wurde von einer Behörde als Zustand vor Ausbruch eines Konflikts beschrieben.

Andererseits erklärten Vertreter der albanischen Volksgruppe der Mission, daß sie ein unabhängiges Kosovo wollten und bereit wären, mit den Serben zu verhandeln, die Serben aber Gespräche auf dieser Grundlage ablehnten. Die Albaner verwiesen nachdrücklich darauf, daß sie immer diskriminiert worden seien und nicht dieselben Rechte hätten und sich daher weigerten, in serbischen Institutionen wie etwa politischen Gremien, Verwaltungsbehörden, Armee und Polizei mitzuarbeiten. Diese Institutionen, sagten sie, seien nicht die ihren. Sie verwiesen nachdrücklich darauf, daß die Armee, die Polizei und sehr wohl viele serbische Zivilisten im Gegensatz zu den Albanern bewaffnet seien; infolgedessen könne ihr Widerstand nur in zivilem Ungehorsam bestehen. Sie sagten, daß die Miliz nicht nur ihre Autos und Wohnungen durchsuche,

sondern auch verschiedene andere Schikanen praktiziere. Kosovo bleibt ihrer Meinung nach die gefährlichste Region in Jugoslawien. Sie befürchteten, die Serben würden schließlich versuchen, einen bewaffneten Konflikt heraufzubeschwören, um die Albaner aus Kosovo zu verdrängen. Sollte dies eintreten, käme es zu einem Massaker und unzähligen Flüchtlingen. Einige der albanischen Vertreter zeigten sich besonders besorgt darüber, wie Serbien reagieren wird, wenn ihr neugewähltes Parlament zusammentritt. Sie sagten, sie hielten eine politische Lösung nach wie vor für möglich und hofften, daß Europa ihnen in irgendeiner Weise helfen werde.

Vertreter anderer Volksgruppen beschrieben die Situation als gespannt und unübersichtlich. Ihrer Ansicht nach hätten die Angehörigen der albanischen Volksgruppe beschlossen zu versuchen, Änderungen geduldig und auf demokratischem Wege herbeizuführen, sie meinten jedoch, daß die Serben niemals auf ihre Forderungen eingehen würden. Sie fürchteten, daß die Situation zu einem bewaffneten Konflikt führen könnte.

Abschnitt III: Die militärische Lage

Die Aspekte der militärischen Lage in Kosovo, die von der Ermittlungsmission untersucht wurden, umfaßten die Landstreitkräfte, die Luftstreitkräfte und die Miliz. Die Ermittlungsmission führte eingehende Gespräche auf Kommandoebene und besuchte Kasernen und Anlagen, beobachtete Übungen aus der Nähe und inspizierte Ausrüstungen von Militär und Miliz. Die jeweiligen Militär- und Milizbehörden arbeiteten mit der Ermittlungsmission in vollem Umfang zusammen. Die Armee stellte der Mission einen Hubschrauber zur Verfügung, wobei sie ihr keine Beschränkungen bezüglich der Flugrouten oder Landeplätze auferlegte. Die Territorialverteidigung war nicht Gegenstand der Untersuchungen der Ermittlungsmission, da sie 1992 abgeschafft wurde.

1. Die Jugoslawische Armee in Kosovo

- a. Die JA in Kosovo umfaßt das 52. Korps, das in erster Linie die Aufgabe hat, das Hochland von Kosovo zu verteidigen. Als größte militärische Bedrohung wird die Landung von luftgestützten Truppen oder von Luftlandekräften auf dem Hochland von Kosovo bzw. ein Landangriff auf das Gebiet betrachtet. In Friedenszeiten besteht die Aufgabe in der Sicherung der Grenzen und im Schutz militärischer Anlagen. Der Ermittlungsmission

wurden detaillierte Informationen über die Zusammensetzung des Korps gegeben, und es wurde ihr ermöglicht, diese Informationen zu überprüfen.

- b. Eine Panzerbrigade wurde vor kurzem aus der früheren Sozialistischen Republik Mazedonien abgezogen und dem Kommando des 52. Korps unterstellt. Diese Panzerbrigade wurde aufgrund von Abkommen zwischen Serbien und Mazedonien nach Kosovo verlegt. Die Panzerbrigade ist voll ausgerüstet, verfügt jedoch über einen Personalstand von nur 15 Prozent ihrer normalen Friedensstärke. Diese Verlegung zog einige Truppen-Umdislozierungen innerhalb der Region nach sich, unter anderem auch die Reaktivierung einer leeren Kaserne.
- c. Die Stärke des Korps wurde der Ermittlungsmission mit 4000 Mann regulärem Personal und Rekruten und 1200 Militärreservisten bekanntgegeben. Sein Personalstand beträgt 40 bis 50 Prozent der normalen Friedensstärke; als Grund hierfür wurde angegeben, daß Angehörige der albanischen Volksgruppe der Einberufung nicht Folge leisten und Rekruten aus den seit kurzem unabhängigen Republiken nicht mehr zur Verfügung stehen. Somit kämen die meisten Rekruten von außerhalb Kosovos. Als Vergleich wurde die Personalstärke des 52. Korps für die vergangenen Jahre schriftlich wie folgt angegeben:
- | | | |
|------|---|--------|
| 1988 | - | 11.800 |
| 1991 | - | 7.913 |
| 1992 | - | 5.200 |
- d. Rekruten werden im Alter von 19 Jahren eingezogen und dienen für einen Zeitraum von ungefähr 12 Monaten. Wenn sie die Armee verlassen, werden die Rekruten zu Reservisten, die verpflichtet sind, alljährlich für eine Dauer von bis zu vier Wochen an Übungen teilzunehmen. Einige werden der Miliz als Reservisten zugeteilt, die meisten bleiben jedoch Reservisten der Streitkräfte. Aufgrund von Personalmangel werden nun sowohl Rekruten als auch Reservisten häufiger einberufen, und zwar sechsmal pro Jahr anstatt zweimal. Der Mission wurde berichtet, daß die Reservisten ihre Uniformen zu Hause behalten, daß jedoch keine Waffen ausgegeben werden.
- e. Das Korps verfügt insgesamt über ca. 200 Panzer, mechanisierte und motorisierte Infanterie und normale Kampfunterstützung. Die Ausrüstung ist in Garnisonen untergebracht.

- f. Aufgrund der allgemeinen Lage im Land sind Bemühungen im Gange, um den elementaren Schutz von Armeekasernen durch die Errichtung von Erdwällen und das Ausheben von Gräben zu gewährleisten bzw. zu verbessern; bei den Kasernen wurden Wachen postiert.
- g. Es wurde berichtet, daß sich das Korps in normalem Zustand der Kampfbereitschaft befinde, worunter zu verstehen ist, daß die Truppen nicht verstärkt wurden und die für Friedenszeiten geltenden Aufgaben entsprechend den üblichen Plänen ausgeführt werden. Die Mission machte keine gegenteiligen Wahrnehmungen. Die Ermittlungsmission hatte Gelegenheit, Übungen zu besuchen (d.h. Schieß-, Gelände- und Waffenübungen). Von Pioniereinheiten wurde berichtet, daß sie zum Bau von zivilen Straßen und Wasserleitungen für Dörfer herangezogen werden.

Schlußfolgerungen:

- a. Die Ermittlungsmission sah keine militärischen Bewegungen, die über normale Routinetransporte geringer Stärke hinausgingen. Die Verlegung der Truppen aus Mazedonien, die Verbesserung des elementaren Schutzes einiger Kasernen, die häufigere Einziehung von Rekruten, die zusätzliche Einberufung von Reservisten und der Transport von Rekruten nach Kosovo und von dort wurde von mancher Seite als gegen die Bevölkerung gerichtete verstärkte militärische Aktivität interpretiert. Die Ermittlungsmission akzeptiert jedoch, daß es eine logische Erklärung für jede dieser Aktivitäten gibt, und ist nicht der Auffassung, daß diese konkret gegen das Volk von Kosovo gesetzt würden.
- b. Bei allen Kasernenbesuchen bestätigte sich, was der Mission über den Personalstand, die Ausrüstung und die Übungen in den Kasernen berichtet worden war. Die Alarmbereitschaft könnte als normal bezeichnet werden und war sichtlich nicht hoch. Die Übungen waren Routine, und die Atmosphäre in den Kasernen und bei den Übungen schien entspannt. Es wurde der Eindruck gewonnen, daß sich die JA in einer ihrer Rolle angemessenen Weise verhielt. Vor einem Einsatz wäre sicherlich Verstärkung erforderlich. Allerdings wäre auch ohne Verstärkung genügend Personal und Ausrüstung vorhanden, sollte das Korps mit einer sekundären Rolle zur Unterstützung der zivilen Behörden betraut werden.

2. Die Luftstreitkräfte

Die auf einem Luftstützpunkt in der Nähe von Priština stationierten Luftstreitkräfte in Kosovo sind nicht dem 52. Korps unterstellt. Der Ermittlungsmission wurde berichtet, daß dieser Teil der Luftstreitkräfte aus einer Staffel von Kampfbombern bestehe, die die Rolle von Abfangjägern haben. Der Luftstützpunkt ist in Verteidigungsbereitschaft, einschließlich Luftverteidigung, und befindet sich in normaler Alarmbereitschaft. Mit den Flugzeugen wurden Einsätze im Ausmaß von 10 bis 12 Flugtagen pro Monat geflogen. Vom Personalstand der Luftstreitkräfte wurde bekanntgegeben, daß er der normalen Friedensstärke entspreche, während die Luftverteidigung und die logistischen Elemente mit 50 Prozent angegeben wurden.

Schlußfolgerung:

Die Luftstreitkräfte in Kosovo nehmen normale militärische Aufgaben wahr und geben eher keinen Anlaß zu größeren Befürchtungen in der Bevölkerung. Außerdem war die Ermittlungsmission der Auffassung, daß die Luftstreitkräfte wegen der raschen Verfügbarkeit von Luftstreitkräften von außerhalb Kosovos kein Faktor seien, der innerhalb der engen Grenzen der militärischen Lage in Kosovo betrachtet werden könnte.

3. Die Miliz

- a. Die Miliz in Kosovo untersteht dem serbischen Innenministerium. Sie ist verantwortlich für die innere Sicherheit, die Untersuchung krimineller Vorgänge, die Wahrung von Recht und Ordnung und andere polizeiliche Aufgaben wie etwa die Verkehrskontrolle. Der Ermittlungsmission wurde berichtet, daß die Präsenz der Miliz auf den Straßen als vorbeugende Maßnahme erhöht wurde, insbesondere angesichts polizeilicher Bedenken wegen der großen Zahl nicht gemeldeter Waffen.
- b. Der Mission wurde berichtet, daß die Miliz über ungefähr 2500 Mann im aktiven Dienst und über ungefähr dieselbe Zahl an Reservisten verfüge, die einberufen werden können; 10 bis 15 Prozent der Reservisten werden gleichzeitig für kurze Zeit zur Unterstützung der regulären Kräfte einberufen. Die Mission konnte natürlich diese Zahlen nicht überprüfen, hörte aber keine gegenteiligen Behauptungen. Zum Vergleich führten offizielle Vertreter an, daß die Miliz 1990 eine Stärke von 7000 Mann,

aber keine Reservisten hatte. Es wurde erklärt, daß sich der unterschiedliche Personalstand aus dem Abzug von Bundesmiliztruppen ergebe und aus dem Umstand, daß Angehörige einer Reihe anderer Nationalitäten aus dem Dienst ausgeschieden seien, insbesondere über 2000 Albaner, als 1990 die örtliche Verwaltung entlassen wurde. Die Miliz in Kosovo besteht somit überwiegend aus Serben.

- c. Die Miliz ist mit leichten Fahrzeugen, gepanzerten Mannschafts-transportwagen auf Rädern und auf Ketten (einige davon mit 14,7 mm Maschinengewehren), Sonderfahrzeugen zum Einsatz bei Ausschreitungen, leichten-Waffen und Granatwerfern ausgerüstet. Die Fahrzeuge und Uniformen der Miliz sind blau; die Miliz verfügt zudem über Sondertruppen, die Armeeuniformen ähnliche Kampfanzüge tragen. Einiges Gerät und Personal der Miliz war in den letzten zwei Jahren in JA-Kasernen untergebracht. Der Mission wurde gesagt, daß diese Ortsgleichheit eher eine Frage des Schutzes und der logistischen Praktikabilität als ein Indiz für eine enge Zusammenarbeit zwischen der Armee und der Miliz sei.

Schlußfolgerungen:

- a. In einer angespannten und schwierigen Lage sorgt die Miliz für eine weithin sichtbare - und größtenteils serbische - Präsenz; sie ist aufgrund mobiler wie stationärer Straßensperren und Patrouillen allgegenwärtig. Die Miliz übt eine enge Kontrolle über die Bevölkerung aus. Die Miliz behauptet, sich im Rahmen der geltenden Gesetze zu bewegen, die Mission hatte jedoch den Eindruck, daß die Aktivitäten der Miliz vom Großteil der Bevölkerung als Unterdrückung und als Einschränkung persönlicher Freiheiten angesehen werden. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Miliz und nicht die Armee als Hauptgrund für die Angst und als Instrument der Einschüchterungen gesehen wird. Die Ermittlungsmision erhielt keine Hinweise, die angedeutet hätten, daß die Miliz ihre Aktivitäten in letzter Zeit verstärkt habe, und es scheint, daß das gegenwärtige Niveau der Aktivität seit zwei Jahren die Norm ist.
- b. Dennoch schien, soweit die Mission einen Eindruck gewinnen konnte, generell die Ansicht zu bestehen, daß es oft keine klare Unterscheidung zwischen den Aktivitäten der Armee und denen der Miliz gibt. Dies

erklärt sich vermutlich aus der Ähnlichkeit der Uniformen der Sondertruppen der Miliz und denen der Armee und wird noch durch den Umstand verstärkt, daß einige Milizionäre in Armeekasernen untergebracht sind.

4. Inoffizielle Organisationen und Bewaffnung von Privatpersonen

Es scheint allgemein bekannt, daß es in ganz Serbien Organisationen gibt, deren Mitglieder bewaffnet sind. Mitglieder der serbischen Gemeinde in Kosovo, die mit diesen Organisationen in Verbindung stehen, sollen dem Vernehmen nach in aller Öffentlichkeit Schießübungen abhalten. Der Ermittlungsmission wurde jedoch nichts Konkretes über diese Organisationen bekannt.

Der Mission gegenüber wurde mehrmals behauptet, daß an Serben in Kosovo Waffen ausgegeben würden; mehrere Personen gaben an, dies gesehen zu haben. Den serbischen Behörden zufolge wurden keine Waffen verteilt, sie bestätigten jedoch, daß in der Bevölkerung Waffen in großer Zahl vorhanden seien.

Schlußfolgerung:

Die Behauptungen über die Verteilung von Waffen an Zivilisten konnten von der Ermittlungsmission nicht erhärtet werden, sie gewann jedoch den Eindruck, daß bestimmte Mitglieder der serbischen Gemeinde diesbezüglich Privilegien gegenüber anderen Volksgruppen genossen.

Abschnitt IV: Kommentar

Während das Mandat der Mission genau umrissen war, sind die Mitglieder der Mission der Auffassung, daß die militärische Lage umfassend in ihrem sozialen, ethnischen, wirtschaftlichen und politischen Kontext betrachtet werden muß. Ihrer Ansicht nach ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die militärische Lage, sondern die politische Lage das Problem in Kosovo.

Der wichtigste Problembereich sind die Beziehungen zwischen der vorwiegend albanischen Bevölkerung und der vorhandenen serbischen Verwaltung. Das Ziel der albanischen Volksgruppe, die jeden direkten Kontakt mit den serbischen Behörden ablehnt, ist ein unabhängiges Kosovo. Die Bundesbehörden und die serbischen Behörden betonen immer wieder, daß Kosovo Bestandteil Serbiens

bleiben muß. Beide Seiten sind sich über den Ernst der Lage im klaren und beide ließen die Mission wissen, daß sie die Notwendigkeit anerkennen, auf dem Verhandlungsweg vorzugehen, doch klaffen ihre Bedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen weit auseinander.

Bei der Durchführung ihres Mandats gelangte die Ermittlungsmision nicht zu dem Schluß, daß die militärische Spannung steigt. Die Lage ist jedoch gefährlich und muß, wenn ein Konflikt vermieden werden soll, mit großer Geduld und gutem Willen angegangen werden. Die Mission hofft darauf, daß alle Parteien weiterhin äußerste Zurückhaltung üben und Handlungen vermeiden werden, die zu Mißverständnissen und zu Gewalt führen könnten.

Abschnitt V: Danksagung

Die Mission dankt den Zivil- und Militärbehörden in Belgrad und Kosovo und den vielen Privatpersonen und Vertretern von politischen Parteien und Volksgruppen für ihre aktive Mitarbeit und Unterstützung. Die Mission dankt ferner der Regierung Frankreichs für die Bereitstellung eines Flugzeugs und der Königlich-Niederländischen Botschaft in Belgrad für die Bereitstellung eines Fahrzeugs; beide waren ein wertvolles Hilfsmittel bei der Arbeit. Die Mission dankt der Kanadischen Botschaft in Belgrad für die Erlaubnis, ihre Einrichtungen zu benutzen. Ihr besonderer Dank gilt dem Vorsitzenden des Konsultativausschusses des KVZ, Herrn Erik Pierre, und Konteradmiral Göran Wallén von der schwedischen Delegation für ihre Arbeit bei der Organisation der Mission.

Anhang I zum
Bericht der Ermittlungsmission des KSZE-Konfliktverhütungszentrums in Kosovo

Mitglieder der Mission:

Botschafter H. David Peel (Kanada)	- Leiter der Mission
Brigadier Richard F. Baly (VK)	
Hr. Javier Collar (Spanien - KVZ-Sekretariat)	
Hauptfeldwebel Roelof R. W. From (Niederlande)	
Oberst George Ledeuil (Frankreich)	
Botschafter Miroslav Polreich (CSFR)	
Brigadegeneral Josef Schärli (Schweiz)	
Oberst Falk Rye Vadmand (Dänemark)	
Hr. Peter Taksøe-Jensen (Dänemark)	- Verbindung
Hr. Alexander Pavičić	- Dolmetscher für Serbokroatisch
Hr. Mohammed Zakaria Khan	- Dolmetscher für Albanisch

Anhang II zum
Bericht der Ermittlungsmission des KSZE-Konfliktverhütungszentrums in Kosovo

Unvollständige Liste der von der Mission in Belgrad und Kosovo
besuchten Personen

- | | |
|----------------------------------|--|
| Hr. Vladimir Sultanović | - Amtierender Bundesminister für
auswärtige Angelegenheiten |
| Hr. Četković | - Justizminister Serbiens |
| Hr. Dragan Ignjatijević | - Assistent des Außenministers,
Republik Serbien |
| Hr. Momcilo Trajković | - Vertreter der serbischen Regierung
in Kosovo |
| <hr/> <hr/> | |
| Generaloberst Zivota Panić | - Amtierender Verteidigungsminister und
Generalstabschef der Streitkräfte |
| Generaloberstleutnant Vuković | - Stabschef, 3. Militärbezirk |
| Generalmajor Miroslav Radmanović | - Kommandant, 52. Korps |
| Kommandant Sveto Djurdjević | - Kommandant der Miliz Kosovos |
| <hr/> <hr/> | |
| Dr. Ibrahim Rugova | - Präsident der Demokratischen Liga
Kosovos |
| Prof. Fehmi Agani | - Vizepräsident, Demokratische Liga
Kosovos |
| Dr. Alush A. Gashi | - Demokratische Liga Kosovos |
| Hr. Veton Surroi | - Präsident, Parlamentarische Partei
Kosovos |